



Irene Wistuba  
**Fraktionsvorsitzende**  
FDP-Fraktion im Kreistag Viersen  
Schützenstr. 4  
47906 Kempen  
Tel. 02152 962296  
Fax 962297  
E-mail: irene.wistuba@fdp-viersen.de  
**www.fdp-viersen.de**

Kempen, 04.02.2005

### **Antrag an den Kreistag**

Herrn Landrat  
Peter Ottmann

Sehr geehrter Herr Landrat Ottmann!

Die FDP–Kreistagsfraktion stellt den **Antrag**: Der Kreistag möge folgende Resolution zur Polizeireform beschließen:

### **Weniger verwalten, mehr fahnden – eine Chance für effektivere Polizeiarbeit!**

Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Viersen sind durch steigende Kriminalität bei sinkenden Aufklärungsraten (bei Wohnungseinbrüchen beispielsweise nur ca. 25 %!) zunehmend verunsichert. Der Kreistag fordert deshalb eine Entlastung der Polizei von zu viel „Bürokratie am Schreibtisch“. Die Polizei muss sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können, uns und unser Eigentum zu schützen.

Dazu müssen auch veraltete Verwaltungsstrukturen abgeschafft werden. Entscheidend hierbei ist nicht, ob ein Landrat/eine Landrätin einer eigenständigen Kreispolizeibehörde vorsteht, sondern allein, ob eine reformierte Struktur des Polizeiapparates mehr Effizienz der polizeilichen Arbeit garantiert - im Interesse aller Kriminal- und Polizeibeamten sowie der Bürgerinnen und Bürger. Eine Polizeireform darf nicht dem Zweck dienen, Personal einzusparen, sondern muss zum Ziel haben, das vorhandene Personal gezielter für eine effektivere Polizeiarbeit einzusetzen. Dazu sind die Kriminalkommissariate und Polizeidienststellen besser auszurüsten und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. **Der Kreistag fordert daher die Landesregierung auf, bei der geplanten Polizeireform folgende Forderungen zu erfüllen:**

- 1) Stärkerer Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch „mehr Polizei auf der Straße und in den Kommissariaten“ und Entlastung der Beamtinnen und Beamten von zeitraubender „Schreibtischarbeit“ u. a. durch bessere technische Ausstattung der Dienststellen.
- 2) Abschaffung veralteter Verwaltungsstrukturen und überflüssiger bürokratischer Wege.
- 3) „Bürgernähe der Polizei“ durch garantierte Beibehaltung der vorhandenen Polizeidienststellen und Kommissariate, insbesondere Garantie einer ausreichenden Polizeipräsenz im ländlichen Raum.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Irene Wistuba